

Auf dem Weg zur Arbeitslosenbekämpfung: 1641 eine Kommission

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Freiburger Geschichtsblätter**

Band (Jahr): **73 (1996)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der staatlichen Gemeingüter, der bis anhin an die sie nutzenden Gemeinden geflossen war, für den Unterhalt der Armen ein.

Der Erfolg der karitativen oder repressiven Maßnahmen blieb aus. Man bekämpfte ja mit wenig oder kurzfristigem Erfolg nur die Auswirkungen und nicht die Ursachen der Armut.

II. Auf dem Weg zur Arbeitslosenbekämpfung: 1641 eine Kommission

Der Dreißigjährige Krieg brachte der Eidgenossenschaft und Freiburg eine gewisse Hochkonjunktur besonders im Agrarsektor unter Förderung von Handel und Gewerbe. Am 2. April 1641 stellte die Freiburger Obrigkeit aber auch die Kehrseiten fest¹². Das «große Geld» führte zu einem Leben im «Überfluß» und zu «Hoffart», zum Kauf und Tragen von «seltzame kostlichen Gattungen an Kleidern». Andererseits erhöhte sich die Zahl der einheimischen Armen und Bettler durch den großen Zulauf von bedürftigen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, von ausländischen Vagabunden, Verbrechern und Deserteuren. Viele arme, aber arbeitswillige Leute fanden keine Beschäftigung, die ihnen «Mus und Brot» sicherte, der Arbeitsmarkt war übervoll. Der festgestellte Müßiggang und der Bettel auf den Straßen und Gassen und an den Häusern in Stadt und Land belästigten oder bedrohten gar die «ehrlichen» Leute. Versorgung und Verpflegung der Arbeitslosen belasteten die Gemeinden und sozialen Einrichtungen schwer. Auch die Landbevölkerung trug zur Linderung der Armut wenig bei. Seit 1641/42 sanken die Preise für die Lebensmittel erheblich. Die preissteigernde Nachfrage war infolge der Beruhigung der Kriegslage zurückgegangen, die Bauern verzeichneten Einkommensverluste von $\frac{2}{3}$ bis zu $\frac{3}{4}$ ihres früheren Höchstverdienstes.

Zu diesen Schlüssen kam die im Frühjahr 1641 vom Kleinen Rat und vom Rat der 200 von Freiburg zur Abklärung der Situation

¹² StAF, Mandatenbuch 4, S. 178.

beordnete Kommission¹³. Unter Zuzug von Ratsherrn Niklaus von Montenach tagte sie am 28. Februar und 5. März und ließ sich von den Vennern und einigen Mitgliedern des Heimlichen Rats über die Zustände in den verschiedenen Gegenden und Ortschaften informieren. Konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Not und des Müßiggangs konnten aber, wie das obige Mandat zeigt, noch nicht vorgeschlagen oder gar ergriffen werden¹⁴.

Zur momentanen Ratlosigkeit der Kommission trug sicher die Erinnerung an den Mißerfolg von 1635 bei. Salzmeister Hans Peter Fögeli erhielt damals auf sein Gesuch hin von der Regierung ein Haus, die alte «Münzstrecke» am Galternbach, zur Errichtung einer Walke und zur Wiederbelebung des Tuchgewerbes. Da aber die Tuchweber ihre Mitarbeit verweigerten und ihre Produktion nicht den neuen Marktbedingungen anpassen wollten, hatte Fögeli auf die Weiterführung seines Plans verzichtet¹⁵.

Die Freiburger Obrigkeit gab aber nicht so schnell auf. Man erinnerte sich, daß schon 1625 im Bürgerspital gestrickt worden war¹⁶ und man auf diese Institution zurückgreifen konnte. Der Große Rat bildete deshalb am 24. Oktober 1641 eine neue Kommission¹⁷.

¹³ Zu den Lücken der Freiburger Geschichtsschreibung gehört das Fehlen des sozio-demographischen Hintergrunds der Politiker und Beamten. Während die diesbezüglichen Laufbahnen durch die Besatzungsbücher gut aufgeschlüsselt sind, ist der eigentliche Beruf nur selten faßbar. Dies verunmöglicht z.Z. die Wertung der Wahl/Auswahl der Kommissionsmitglieder zu den Fachgeschäften. – Der Kommission gehörten der Seckelmeister Buman, Ritter von Montenach, alt-Bürgermeister Reiff, Venner Kaspar von Montenach, Hans Jakob Techtermann und der Staatsschreiber Montenach an.

¹⁴ Vgl. Anm. 12.

¹⁵ StAF, RM 186, vom 10. September 1635, S. 533; 187, vom 1. Oktober 1635, S. 3. – Die Protokolle der Tuchweberzunft, die nähere Auskunft geben könnten, fehlen bis ins 18. Jahrhundert.

¹⁶ StAF, Spitalarchiv, Livre de Brodard, f. 7v. – NIQUILLE, *Hôpital* (wie Anm. 6), S. 98.

¹⁷ Die Arbeitsgruppe bestand aus dem amtierenden Bürgermeister Franz Gottrau und seinem Amtsvorgänger Junker Peter Reiff, dem Staatsschreiber Georg Peter von Montenach, alt-Venner Hans Jakob Techtermann, Jakob Füllistorf und Niklaus Brünisholz, Bruderschaftsmeister der Großen Bruderschaft des Hl. Geistes, alle Mitglieder des Großen Rates. StAF, RM 192, S. 329.

Diese Kommission erhielt die «Gwalt ein gemeine Arbeit anzustellen zur Occupation der armen Lüthen»¹⁸. Hauptansprechpartner wurden das Bürgerspital, in dem das «Gewärb deß Garnspinnens und Wäbens» ausgeübt werden sollte, und die Große Bruderschaft des Heiligen Geistes zur Finanzierung. Mit der Arbeitsbeschaffung wollte man nicht nur die Zahl der Armen verringern, sondern auch Arbeitslose und ihre Kinder an der Landflucht und Auswanderung hindern, «an andren Orthen... ihrem Glück nachzuzüchen». Der Bevölkerungsverlust muß als wirklich schwerwiegend beurteilt worden sein, sonst hätte die Regierung nicht öffentliche Mittel zu dessen Verhinderung ausgeben wollen. Dazu trat auch eine moralische Komponente. Die in «väterlicher Fürsorge» befohlene Beschäftigung, eine «ehrliche und nahrungbringende Occupation», bekämpfte zusätzlich den schon «jngewurzelten Müßiggang, Ursach und Anlaß zu Sünden und Lastern».

Die Lage und das «Zielpublikum» waren für die Obrigkeit Ende 1641 klar:

- Ziel und Zweck der Staatsintervention waren definiert,
- eine verantwortliche Kommission war ernannt,
- ein Arbeitsprogramm bestimmt,
- der Arbeitsort geregelt,
- über finanzielle Mittel konnte verfügt werden.

Es fehlte einzig noch an den Fachexperten, die den praktischen Teil des Programms an die Hand nahmen. Der Markt beziehungsweise der Verkauf der Produkte mußte dann nur noch den Erfolg dieser Überlegungen bestätigen. Der politische Wille zur Durchsetzung des Plans schien im Moment gegeben und ließ auf ein schönes Resultat hoffen.

¹⁸ StAF, RN 215, f. 21v–22r. – Staatsschreiber und Notar Montenach hatte die Angewohnheit, verschiedene Ratsbeschlüsse und Rechtstitel, welche «ein Gnädige Oberkheit und gemeine Statt Fryburg» betrafen, in einem eigenen Register mit Notariatsminuten festzuhalten. Dieser Band sollte in der Staatskanzlei aufbewahrt werden, wie im Buchtitel vermerkt wurde.